

Technischer Ausschuss - öffentlichch - vom 11.07.2017

1) TOP Bürgerfragen

Stadtrat Dr. Wagner: Die Beerdigungen in Aufen fänden derzeit unter freiem Himmel statt, da die Kirche geschlossen sei. Er schlage deshalb vor, bei Beerdigungen eine provisorische Überdachung auf dem Kirchvorplatz anzubringen für den Fall, dass es regnet.

OB Pauly: Die Stadtverwaltung werde dies prüfen.

2) TOP 4-056/17 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung des Technischen Ausschusses am 4. April 2017 gefassten Beschlusses

Beschluss:

Die in der nichtöffentlichen Sitzung des Technischen Ausschusses am 4. April 2017 gefasste Beschlüsse wurden bekannt gegeben.

3) TOP 4-079/17 Photovoltaikanlage an der A 864 / B 27 auf Gemarkung Aasen

Stadtrat Bäurer ist befangen. Herr Bäurer nimmt deshalb weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil und hält sich im Zuhörerbereich auf.

Herr Bunse erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Herr Hildebrand: Im Gegensatz zu den üblichen Anlagen würden die Solarpaneele nicht im Winkel aufgestellt, um die Mittagssonne einzufangen, sondern senkrecht, sodass die Morgen- und Abendsonne als Energielieferant diene.

(auf Frage von Stadtrat Karrer) Der Abstand zwischen den einzelnen Paneelen betrage ca. 10 m. Es gebe noch eine andere Lösungsmöglichkeit mit ca. 15 m Abstand. Eine Nutzung als Mähwiese oder für die Viehhaltung sei unproblematisch möglich. Ein klassischer Ackerbau sei eher problematisch, dies werde derzeit aber noch genauer überprüft. Derzeit herrsche auf den entsprechenden Flächen aber auch eine Grünlandnutzung vor.

(auf Fragen von Stadtrat Karrer und Stadtrat Kaiser) Die Fläche 3 sei wirtschaftlich uninteressant: Für eine solche Fläche gebe es eine geringere Förderung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), zudem sei die Fläche auch zu klein. Idealerweise wolle man die Flächen 1 und 2 nutzen. Fläche 1 sei bereits für sich genommen wirtschaftlich attraktiv, gegebenenfalls auch bei einer Verkleinerung. Eine isolierte Nutzung nur von Fläche 2 sei eher problematisch, auch dies würde man aber versuchen. Eine linienartige Anordnung der Paneele entlang der Verkehrswege sei eher schwierig; dies bringe erhebliche praktische Probleme mit sich, insbesondere müsse ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.

Stadtrat Erndle: Ihm fehle im bisherigen Verfahren die Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Vor einer Entscheidung solle ein solches Projekt gegenüber der Bürgerschaft dargestellt werden, da es sich um eine sensible Angelegenheit handle. Erst dann solle ein Beschluss gefällt werden. Ansonsten könne es berechtigtermaßen Unmut aus der Bevölkerung geben, ähnlich wie das derzeit bei den Windkraftanlagen der Fall sei.

BM Kaiser: Das Thema Windkraft sei mehrfach in der Öffentlichkeit diskutiert worden, bevor eine Entscheidung getroffen wurde; insgesamt habe es sich um ein transparentes Verfahren gehandelt. Auch vorliegend könne er keinerlei Verstöße gegen das Transparenzgebot sehen: Der Ortschaftsrat habe zwar nicht öffentlich verhandelt, dies sei aber auch völlig legitim. Hier gehe es auch nicht um einen abschließenden Beschluss, sondern lediglich um eine mögliche Weiterverfolgung der Angelegenheit. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit werde definitiv erfolgen, wenn das Verfahren weiter verfolgt werden soll.

OB Pauly: Man befinde sich ja derzeit in einer öffentlichen Sitzung, um die Angelegenheit zu besprechen. Die Transparenz sei also gewährleistet.

Stadtrat Wild: Die Aussage in der Vorlage, dass sich die PV-Anlagen bislang nicht lohnten, störe ihn. Er gehe davon aus, dass die vorhandenen Anlagen, die man überall sehe, sich lohnen. Im Übrigen fühle seine Fraktion sich an das Votum des Ortschaftsrats gebunden und werde deswegen für eine Weiterverfolgung, wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, stimmen.

Herr Bunse: (auf die Frage von Herrn Stadtrat Wild, ob die in der Sitzungsvorlage genannte Fläche von rund 24 ha alle drei Flächen beinhalte) Fläche 1 habe eine Größe von ca. 16 ha, Fläche 2 eine Größe von ca. 6 ha.

Stadtrat Greiner: Auch aus seiner Sicht sei der Ablauf transparent. Der Standort sei zwar nicht schön, man müsse hier jedoch zwischen den verschiedenen Nutzungen abwägen. Der Ortschaftsrat habe eine Entscheidung getroffen, die respektiert werden solle. Eine Weiterverfolgung der Fläche 3 sei seines Erachtens nicht zielführend, insbesondere auch deshalb, weil diese potenziell von der Erddeponie genutzt werden könne.

Stadtrat Karrer: Das Verfahren sei öffentlich und damit auch transparent. Der Ortschaftsrat habe sich zwar für Fläche 3 ausgesprochen, hier sei man jedoch vertraglich gebunden; zudem sei die Fläche unwirtschaftlich. Man sollte das Verfahren weiterverfolgen, um alle Belange abzuwägen.

Stadtrat Kaiser: Es liege ihm zwar fern, die Entscheidung des Ortschaftsrates zu übergehen. Jedoch handle es sich insgesamt um eine wichtige Angelegenheit. Es sollte daher mit dem südlichen Bereich von Teilfläche 1 ins Verfahren eingestiegen und das Ergebnis abgewartet werden.

OB Pauly: Auch der Vorschlag der Verwaltung gebe die Möglichkeit, nochmal mit dem Ortschaftsrat in Verhandlungen zu treten und gegebenenfalls doch Fläche 1 in Angriff nehmen zu können.

Ortsvorsteher Hall: Es gebe demnächst ohnehin eine Ortschaftsrat-Sitzung, gerne könne Herr Hildebrand zu dieser Ortschaftsrat-Sitzung dazukommen. Jedoch habe sich der Ortschaftsrat bereits sehr ausführlich mit der Sache beschäftigt. Gegenargument gegen eine Nutzung der Flächen 1 und 2 sei in erster Linie die Entziehung von Flächen aus der Landwirtschaft gewesen. Zudem würden die Flächen 1 und 2 auch viel zum spazieren genutzt, die Fläche 3 sei hier eher weniger problematisch. Er habe ein Problem damit, Flächen der Landwirtschaft zu entziehen, obwohl es möglich wäre, andere Flächen für erneuerbare Energien zu nutzen.

OB Pauly: Insgesamt sei man sich doch einig darüber, dass das Thema hinsichtlich der Flächen 1 und 2 zwar weiterverfolgt, der Wille des Ortschaftsrats dabei jedoch berücksichtigt werden solle. Daher könne man dies doch nun auch einfach beschließen.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, das Vorhaben bezüglich der Flächen 1 und 2, nach nochmaliger Abstimmung zwischen Investor und Ortschaftsrat, weiter zu verfolgen.

(1 Enthaltung)

4) TOP 4-074/17 Ortsentwicklung Kreuzstraße und Kirchplatz / Heidenhofen - Vorstellung Planung (Haushalt 2018 ff)

Herr Bunse erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Anschließend erläutert Herr Weisshaupt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Bestandssituation und die weitere Planung.

Stadtrat Merkle: Die Planung sei sehr gelungen, er danke insbesondere Herrn Bunse für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung, auch im Ortschaftsrat. Der Charme der Lösung bestünde darin, dass sich viele Einzelaspekte zu einer gelungenen Gesamtlösung zusammenfügen. Durch den Wegfall des Gebüschs und die Teilentfernung der Mauer öffne sich das Areal und gewinne deutlich. Auch durch die Maßnahmen im Bereich der Straße würden Gefahren entschärft werden. Insgesamt hoffe er, dass durch die Maßnahmen die Gesamtattraktivität gestärkt werde. Er freue sich auf die Umsetzung.

Stadträtin Bronner: Man habe die Planung vor einigen Tagen gesehen und sei sehr angetan gewesen. Insbesondere sei es auch erfreulich und wertvoll, wie sehr die Anwohner mitgewirkt haben. Sie habe dennoch zwei Anregungen: So könne man doch eventuell bei einem oder zwei der an der Straße zu pflanzenden neuen Bäume einen Obstbaum nehmen bzw. bei den zu pflanzenden Sträuchern Beerensträucher.

Stadtrat Karrer: Der Kirchplatz sei der markanteste Ort in Heidenhofen. Hier müsse dringend etwas gemacht werden. Die Planung sei sehr gelungen, insbesondere die Öffnung zur Kirche hin. Ihn interessiere jedoch noch die Frage, ob es bereits Pläne für den Bereich gegenüber von der Kirche gebe. Dort sei seines Wissens noch eine relativ ungepflegte Grünfläche. Zudem wolle er wissen, wie weit das Pflaster vor der Kirche gehe, insbesondere wie die Abgrenzung zur Kreuzung Rathausstraße / Kreuzstraße sei.

Stadtrat Durler: Insgesamt handle es sich um eine sehr gelungene Planung, insbesondere die Problematik mit der Rampe / Barrierefreiheit sei sehr gut gelöst worden. Die Verengung der Fahrbahn in der Kreuzstraße auf 4 m sehe er jedoch kritisch, da ein Fahrzeug bei Gegenverkehr warten müsse.

Stadtrat Wild: Es handle sich um einen sehr gelungenen Entwurf. Wenn dadurch der größte städtebauliche Missstand in Heidenhofen beseitigt werden könne, sei man gerne dabei.

Stadtrat Kaiser: Auch er finde die Planung gelungen, er habe jedoch eine Anregung: Der Bereich eigne sich sehr gut für eine verkehrsberuhigte Zone.

Herr Weisshaupt: Die Pflasterung erfolge nur direkt vor der Kirche. Eine Pflasterung bis zur Hauptstraße wäre auch möglich gewesen; man habe sich jedoch bewusst dagegen entschieden, da die Markierung des Bereichs nur vor der Treppe interessanter erschienen sei. Die Pflanzung von Obstbäumen sei grundsätzlich machbar. Man müsse jedoch bedenken, dass dann gegebenenfalls die Gehwege deutlich pflegeintensiver seien.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

5) TOP 4-073/17 Mehrzweckhalle Grüningen / Neubau - Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs

Architekt Günter Limberger erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer PowerPoint-Präsentation

Herr Bunse: Bei der Kostenaufstellung fehle noch der große Parkplatz und der Gehweg von der Schule zur Halle. Dies sei derzeit allerdings auch noch nicht notwendig, sei aber bereits im Bebauungsplan geregelt.

Stadtrat Greiner: Die Einsparhoffnungen hätten sich leider nicht erfüllt. Die Kostenreduzierung wäre im Vergleich zu den Nachteilen, die sich dadurch ergeben, zu gering. Darum solle die ursprüngliche Planung wieder verfolgt werden, die Realisierung aber davon abhängig gemacht werden, dass es für das Projekt ELR-Mittel gibt.

Stadtrat Karrer: Es handle sich um ein ästhetisch schönes Gebäude, das aber nicht zweckmäßig und zukunftsorientiert sei. Eine Weiterplanung auf Basis dieses Entwurfs sei daher nicht sinnvoll. Er verweise insofern auf das Beispiel Pfohren: Dort sei immer wieder angebaut worden, da die ursprünglich gebaute Halle nicht zweckmäßig gewesen sei. Dies sei auch in Grüningen zu befürchten, wenn die Planung so bleibe. Man solle daher den alten Entwurf weiter verfolgen. Es sei auch nicht sinnvoll, bereits während der Planungen eine Kostendeckel festzulegen, da sonst immer neue Diskussionen entstünden, was zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung führe. Er sehe sich gegenüber dem Ortsteil Grüningen in der Verantwortung. Auch wenn keine ELR-Mittel kommen sollten, müsse man die Halle aus eigenen Mitteln bauen; man solle aber natürlich versuchen, ELR-Mittel zu bekommen.

Stadtrat Durler: Der ursprüngliche Vorschlag sei sehr gut gewesen und auch durch die Bevölkerung stark unterstützt worden. Der neue Entwurf sei demgegenüber nicht sinnvoll. Natürlich müssten auch die Kosten im Blick behalten werden. Jedoch sei die Halle Grüningen seit 8 Jahren ein Thema und solle deshalb nun endlich auch verwirklicht werden. Auch die Gewährung von ELR-Mitteln solle nicht zur Voraussetzung gemacht werden. Wenn man erst in 4 Jahren eine ELR-Förderung erhalte, werde diese Förderung durch die Kostensteigerung „aufgefressen“. Man müsse daher das Geld zusammenbekommen und Grüningen die Halle ermöglichen.

Stadtrat Wild: Das Ergebnis der weiteren Untersuchungen sei leider nicht verwertbar. Man müsse sich daher weiterhin mit der großen Lösung auseinandersetzen. Zu den genannten Kosten von 2,8 Millionen Euro komme noch die Infrastruktur hinzu. Insgesamt müsse man daher mit Kosten von ca. 3,5 Millionen Euro rechnen. Ihm fehle zudem ein Raumkonzept und Nutzungsangaben, die abgestimmt auf die Bedürfnisse von Grüningen seien. Aus seiner Sicht sei eine Normsporthalle nicht erforderlich. Die Halle müsse ausschließlich auf die Bedürfnisse von Grüningen zurecht geschnitten sein. Zudem fehlten auch jegliche Angaben zur erforderlichen Kapazität. Im Ergebnis solle die neue Planung nicht weiter verfolgt werden. Er sehe aber trotzdem weiterhin Einsparmöglichkeiten, insbesondere bei den Lagerräumen. Man könne beispielsweise den Anbau weglassen, dieser wirke ohnehin wie ein Fremdkörper. Dem Verwaltungsvorschlag könne er sich nicht anschließen, da man ansonsten das Projekt bis auf dem Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebe.

Stadtrat Kaiser: Diese Halle stehe schon lange auf der Agenda. Wir sollten sie realisieren, nicht weil wir sie vom Tisch haben wollen, sondern weil wir bei den Grüningern im Wort stehen. Auch wenn es keine ELR-Mittel gebe, müssen wir jetzt endlich bauen.

Stadtrat Greiner: Die kritisierte Deckelung sei nicht aus den Reihen der CDU gekommen; vielmehr seien diese Zahlen aus Grüningen gekommen. Zudem müsse die Realisierung des Projekts aus seiner Sicht zwingend an die Gewährung einer ELR-Förderung geknüpft werden, da man mit den finanziellen Mittel der Stadt vernünftig umgehen müsse.

OV Buhler: Der im Vorfeld geschätzte Betrag von 2 Millionen Euro kam aufgrund einer Berücksichtigung der Halle in Behla zustande, die Vorbild für die Grüninger Halle sein sollte. Die ursprüngliche Planung sei ideal; die neue Planungen gefalle niemanden und bringe nur eine geringe Ersparnis. Zur Auslastung der Halle könne er sagen, dass die Nachfrage enorm sei. Die Halle sei definitiv ausgelastet, wenn sie einmal realisiert wurde. Das Satteldach ermögliche zudem zusätzlichen Lagerraum z.B. für Theaterkulissen. Der Lagerraum sei aus seiner Sicht insgesamt nicht überdimensioniert. Die Infrastruktur sei derzeit ausreichend, hier seien also keine weiteren Maßnahmen erforderlich. Auch er halte ein Warten auf ELR-Mittel nicht für sinnvoll, da die Fördermittel durch eine Kostensteigerung aufgefressen werden würden. Zudem seien durch die bisherige Planung bereits erhebliche Kosten verursacht worden. Die Halle stünde seit über 20 Jahren auf der Agenda, nun müsse der Bau endlich erfolgen.

Herr Kottmann: Grundsätzlich betrage der ELR-Fördersatz bei Gemeinschaftseinrichtungen 40 %. Vorliegend müsse man hier jedoch bedenken, dass die Halle unter anderem für sportliche Zwecke genutzt werden solle. Sporteinrichtungen würden im Rahmen des ELR grundsätzlich nicht gefördert; es seien deshalb nur 60 % der Gesamtkosten überhaupt förderfähig. Die Förderung betrage also 40 % von 60 % der Gesamtkosten. Bei Gesamtkosten von 2,8 Millionen Euro sei dies ein Betrag von 672.000 Euro.

Beschluss: Der technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die ursprüngliche Planung weiter zu verfolgen und diese gegebenenfalls auch ohne ELR-Zuschuss zu verwirklichen.

(7 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung)

6) TOP 4-078/17 Architektenwettbewerb Kindertagesstätte Am Buchberg - Auslobung

Oberbürgermeister Pauly führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Durler: Er sei überrascht, dass die KEG einen Architektenwettbewerb durchführen will. Dieser sei aus seiner Sicht nicht notwendig; er verweise auf die Kindertagesstätte Wunderfitz: Dort habe man keinen Wettbewerb veranstaltet, dennoch habe das Projekt gut funktioniert. Ein Wettbewerb verursache nur unnötige Kosten.

Stadtrat Erndle: Er stimme den Ausführungen von Stadtrat Durler zu.

Stadtrat Karrer: Grundsätzlich sei er ein großer Freund von Wettbewerben. Vorliegend sehe er dies jedoch kritisch: Der eigentliche Sinn von Wettbewerben sei es, dass auch junge Büros sich bewerben und profilieren bzw. mit etablierteren Büros messen könnten. Bei den hier festgelegten Auswahlkriterien habe aber ein junges Büro keine Chance. Man solle sich daher vorbehalten, unabhängig von den Kriterien ein bis zwei junge Büros zuzulassen.

Stadtrat Kaiser: Er befürworte Wettbewerbe, da man dadurch „pfiffige“ Lösungen erreichen und oft auch Geld einsparen könne. Die Kosten für den Wettbewerb selber hielten sich dem gegenüber in Grenzen.

Herr Bunse: Eine der Hauptideen bei der Gestaltung des Konversionsareals sei es, an den Enden des Areals gut gestaltete öffentliche Gebäude mit hoher architektonischer Qualität zu bauen. Dies solle durch den Wettbewerb gewährleistet werden. Er erhoffe sich von dem Wettbewerb eine gute, kostengünstige Lösung. Das Preisgeld für den Gewinner werde zudem auf das Honorar angerechnet. Ohnehin werde die Intention verfolgt, die Kosten für den Wettbewerb gering zu halten, daher gebe es nur drei Fachpreisrichter. Insgesamt bewegten sich die Kosten für den Wettbewerb im Verhältnis zu den Gesamtbaukosten im Promille-Bereich.

OB Pauly: Der Wettbewerb wird durch die KEG durchgeführt, daher plädiere er für die Zustimmung des Technischen Ausschusses. Er wolle aber den Vorschlag von Herrn Karrer aufgreifen und eine Teilnahme junger Architekturbüros ermöglichen.

Beschluss:

1. Dem Auslobungstext zum Architektenwettbewerb Kindertagesstätte „Am Buchberg“ wird, unter Zulassung von „jungen Architektenbüros“, zugestimmt.
2. Als Sachpreisrichter mit Stimmrecht nimmt Stadtrat Greiner teil.
3. Als Sachpreisrichter ohne Stimmrecht nehmen teil: Stadträtin Bronner, Stadtrat Wild und eine noch von der FDP / FW-Fraktion zu benennende Person.

(2 Enthaltungen)

7) TOP 4-077/17 Rathaus II / Fassadensanierung - Vorabinformation über den Sachstand der Planung

Stadtrat Greiner ist befangen. Herr Greiner nimmt deshalb weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil und hält sich im Zuhörerbereich auf.

Herr Bunse führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Unkel erläutert den Stand der Planungen anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Herr Bunse stellt noch einmal die Planung aus dem Jahr 2003 von Architekt Hermann vor. Diese beinhaltet eine Beseitigung des vorhandenen Anbaus und einen neuen Anbau bis hinter zur Metzgerei Holwegler. Diese Variante sei städtebaulich sehr interessant. Jedoch sei bereits damals ein Betrag von 3,4 Millionen Euro für die Realisierung dieser Variante veranschlagt worden; heutzutage würden sich die Kosten voraussichtlich ungefähr auf den doppelten Betrag belaufen.

Stadtrat Karrer: Wenn man schon derart viel Geld ausbebe, müsse die Lösung auch zukunftsträchtig sein. Im Hinblick auf den zukünftig gegebenen zusätzlichen Platzbedarf solle daher eine Erweiterung der Büroflächen erfolgen. Er bitte deshalb um Vorlage von aussagekräftigen Plänen über den Nutzen der verschiedenen Varianten im September; dafür solle auch der Hermann-Plan weiter untersucht werden.

Stadtrat Müller: Die Variante 3 sei bereits vom Erscheinungsbild her auszuschneiden. In der Fraktionssitzung der CDU sei die Frage aufgekommen, ob es nicht möglich wäre, nach Rückgabe des Konversionsgeländes im Jahr 2020 dort Teile der Verwaltung anzusiedeln und den erforderlichen zusätzlichen Raum zu schaffen. Dann könne man die Arbeiten am Rathaus II auf das Notwendigste beschränken.

BM Kaiser: Eine Konzentrierung der Verwaltung an einem einzelnen Ort habe erhebliche logistische Vorteile. Bereits in der jetzigen Situation gebe es Probleme. Eine vierte Rathauszweigstelle sei daher nicht praktikabel. Trotz der Nutzung moderner Medien sei oftmals eine persönliche Interaktion erforderlich, weshalb eine Verteilung der Verwaltung im gesamten Stadtgebiet nicht sinnvoll sei.

Stadtrat Durler: Der Anbau am Rathaus II müsse grundsätzlich saniert werden. Er tue sich jedoch mit der Fassadenplanung schwer. Der Entwurf Hermann eröffne zudem eine neue Perspektive.

Eine Entscheidung zwischen den Varianten sei schwierig. Er würde sich derzeit für die Variante 2 entscheiden. Aufgrund der neuen Perspektive durch den Entwurf Hermann plädiere er aber dafür, dass Thema zurückzustellen und im September zu entscheiden.

Stadtrat Kaiser: Bisher sei man davon ausgegangen, dass man für 1,2 Millionen Euro sanieren könne. Er frage daher nach der Hauptursache für die nun erfolgte Kostensteigerung.

Grundsätzlich sei er für eine weitere Untersuchung. Er gehe davon aus, dass mit allen drei Varianten die bestehenden technischen Probleme gelöst werden könnten. Städtebaulich tue er sich aber schwer mit den Varianten 1 und 3; vertretbar sei für ihn bestenfalls die Variante 2.

Stadtrat Vetter: Alle vorgestellten Varianten seien nicht ideal: Die Varianten 1 und 3 seien in optischer Hinsicht problematisch, Variante 2 führe zu einem Raumverlust. Auch er sei gegen eine Verlegung eines Teils der Verwaltung ins Konversionsgelände; es sei nicht sinnvoll, „noch eine Filiale aufzumachen.“ Die Variante Hermann habe einen gewissen Charme, aber erhebliche Kosten zur Folge. Er plädiere daher für eine weitere Untersuchung der verschiedenen Varianten.

Stadtrat Wild: Er tendiere zu Variante 1. Variante 2 scheidet wegen des Raumverlustes aus seiner Sicht aus. Variante 3 würde zwar einen Raumgewinn bringen, sei aber erheblich teurer.

BM Kaiser: Es sei festzustellen, dass die bisherigen Wortmeldungen sich weitgehend gegen die Variante 3 ausgesprochen hätten. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Mehrbedarf an Raum bestünde. Dies werde jedoch nur durch die Variante 3 erfüllt. 22 Jahre lang sei kein zusätzlicher Raum für die Stadtverwaltung hinzugekommen, nun bestünde ein dringender Bedarf.

Herr Bunse: Die Kostensteigerung von dem ursprünglich genannten Betrag von 1,2 Millionen Euro erkläre sich so, dass nun erstmals eine konkrete Planung erfolgt sei. Der Betrag von 1,2 Millionen Euro war lediglich eine grobe Schätzung. Durch die jetzige Untersuchung hätten sich auch wegen des Brandschutzes deutlich gestiegene Kosten ergeben.

(Auf Frage von Stadtrat Bäurer) Ob man nach Realisierung der Hermann-Pläne mit zwei Rathäusern auskommen wird, könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, da die Verwaltung die Planungen in einem sehr frühen Stadium dem TA vorgelegt habe.

OB Pauly: Eine zentrale Verwaltung sei von großem Vorteil. Daher sei ein Raumgewinn vor Ort zwingend erforderlich. Weitere zusätzliche Gebäude zu planen, laufe in die falsche Richtung.

Beschluss:

1. Die Vorabinformation über den Sachstand zur Planung der Fassadensanierung Rathaus 2 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Planungen Variante 1 und des „Hermann-Plan“ sollen dem technischen Ausschuss zeitnah konkretisiert vorgestellt werden.

(Einstimmig)

8) TOP 4-070/17 Technische Dienste - Investitionsplan (Haushalt 2018)

Herr Bunse erläutert den Tagesordnungspunkt. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Salzhalle derzeit überarbeitet und nächstes Jahr neu veranschlagt werde.

Herr Börnert: (auf Frage von Stadträtin Bronner) Bei den veranschlagten Kosten handle es sich um die aktuellen Preise, die weitere Preisentwicklung könne derzeit nicht abgesehen werden.

(auf Frage von Stadträtin Stocker-Werb) Die alten Geräte würden in der Regel zur Versteigerung durch den Zoll gegeben. In der Regel würden dadurch gute Preise erzielt.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(Einstimmig)

9) TOP 4-076/17 Technische Dienste / Großflächenmäher - Vergabe

Herr Börnert: (auf Frage von Stadtrat Erndle) Das Gerät müsse zur Wartung nicht nach Aachen gebracht werden. Vielmehr komme jemand, um das Gerät zu warten und nutze dafür die Werkstatt der Technischen Dienste. Dies werde auch in anderen Fällen so praktiziert und funktioniere reibungslos.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(Einstimmig)

10) TOP 4-072/17 Wiesenstraße / Pfählen - überplanmäßige Ausgabe - Bekanntgabe Eilentscheidung

Beschluss:

1. Die Firma Gbr. Stumpp wird beauftragt.
2. Der Finanzierung wird zugestimmt.
(Einstimmig)
3. Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

11) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Stadtrat Karrer: Wie lange werde die Baustelle in der Spitalstraße noch bestehen bleiben?

Herr Bunse: Man werde dies prüfen und mitteilen.